

## Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

der **internationale Frauentag** diese Woche hat wieder einmal daran erinnert, dass es trotz jahrzehntelanger Bemühungen auch in unserem Land noch immer keine echte Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen gibt. Um sie zu erreichen, müssen Männer und Frauen für die gleiche Leistung auch den gleichen Lohn erhalten, davon sind wir FREIEN WÄHLER überzeugt. Der aktuelle Entwurf des Entgelttransparenzgesetzes geht hier generell in die richtige Richtung. Er ist ein erster wichtiger Schritt, um dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ bei Frauen und Männern Geltung zu verschaffen. Unser Grundgesetz fordert schließlich die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Häufig werden in der Diskussion um Lohngerechtigkeit allerdings Äpfel mit Birnen verglichen. Betrachten wir die Einkommen von Frauen und Männern in gleicher Position und mit der gleichen Berufserfahrung, sinkt der Lohnunterschied auf rund zwei Prozent. Das ist immer noch zu viel, rechtfertigt aber weder einen Generalverdacht gegen alle Unternehmen noch den erneuten Aufbau zusätzlicher bürokratischer Pflichten gerade für Kleinunternehmen und Mittelständler. Nach unserer Auffassung ist es sinnvoller, zunächst bei größeren Unternehmen anzusetzen, um mehr Lohngerechtigkeit zu erreichen. Kleinere Betriebe werden später ohnehin freiwillig nachziehen, weil sie sich sonst schwer tun, qualifizierte Frauen als Mitarbeiterinnen zu gewinnen und dauerhaft an sich zu binden. Als gesellschaftliches Problem bei der Umsetzung gleicher Löhne sind sicherlich die nach wie vor bestehenden geschlechterspezifischen Berufsbilder zu nennen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir Initiativen wie etwa den Girl's und Boy's Day ausdrücklich. Sie führen dazu, die angesprochenen Rollenbilder aufzubrechen.



**Thorsten Glauber, MdL**  
Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender

## Rückblick

Wasser ist unser wertvollstes Lebensmittel. Unsere Kommunen erfüllen mit der Wasserversorgung wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge. Eine nachhaltige Wasserpolitik mit hohen Umweltstandards und im Sinne des Ressourcenschutzes ist Teil einer verantwortungsvollen Vorsorgepolitik. Dazu gehört auch eine funktionstüchtige **Abwasserbeseitigung**. Unsere Kommunen müssen auch weiterhin in der Lage sein, ihr Kanalnetz für Abwasser auf einem ordnungsgemäßen Stand zu halten, ohne die Bürger mit sehr weit über dem Durchschnitt liegenden Beiträgen belasten zu müssen. Gerade in Flächengemeinden mit relativ wenigen Anschlüssen, einem großen Leitungsnetz und dringend anstehenden Sanierungen ist dies derzeit nicht möglich. Hier sind die Anschluss- und Erhaltungskosten höher als in dicht besiedelten Gebieten. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir daher, durch effizientere Förderung eine nachhaltige Abwasserpolitik in Bayern zu schaffen. Um veraltete und defekte Wasserkanäle zu sanieren, brauchen wir höhere Zuwendungen als sie bisher in der Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2016) vorgesehen sind.

Angesichts des globalen Standortwettbewerbs ist Deutschland als führendes Industrieland darauf angewiesen, Hightech-Unternehmen im Land zu halten. Dies gilt insbesondere für die hoch innovativen Mittelstands-betriebe. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir deshalb eine **pauschale steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung**. Sie ist gerade für kleine und mittelständische (KMU) sowie junge Unternehmen hilfreich. Im Gegensatz zu Mitteln aus Förderprogrammen schafft eine steuerliche Förderung Planungssicherheit und müsste nicht mit hohem administrativem Aufwand beantragt werden. Zudem würde sie sofort eine große Breitenwirkung entfalten und damit Innovationen fördern, die für Deutschland und besonders für den Technologiestandort Bayern unverzichtbar sind.

In einem Dringlichkeitsantrag haben wir diese Woche die **Ankündigung von Cross Compliance-Kontrollen in der Landwirtschaft** gefordert. Künftig sollen alle Cross Compliance-Kontrollen mindestens 24 Stunden zuvor bei den betroffenen Landwirten angekündigt werden. Denn bei einer Ankündigung einen Tag im Voraus ist der Zweck der Kontrolle nicht gefährdet, da die Zeit nicht ausreicht, um eventuell bestehende Mängel in einem landwirtschaftlichen Betrieb auszubessern. Letztendlich hilft die Ankündigung beiden Seiten: Die Kontrolleure können sicher sein, auf bäuerlichen Betrieben einen

Ansprechpartner anzutreffen. Und die Landwirte selbst sind in der Lage, ihren Tagesablauf so zu planen, dass die Inspektionen schnell und reibungslos durchgeführt werden können. In begründeten Verdachtsfällen sollen aber auch weiterhin unangemeldete Betriebsbesichtigungen möglich sein.

Die Entscheidungsverzögerung zum **neunjährigen Gymnasium** scheint kein Ende zu nehmen. Trotz mehrfacher Ankündigungen werden Eltern, Schülerinnen und Schüler, aber auch Schulen und Kommunen seit Monaten im Unklaren darüber gelassen, wie es mit dem Gymnasium konkret weitergehen wird. Selbst die CSU-Fraktion ist nun offenbar der Meinung, dass es endlich klarer Aussagen bedarf und ein akuter Klärungsbedarf besteht. In einem Brief der CSU-Fraktion an Kultusminister Ludwig Spaenle fordern ihn seine Parteifreunde auf, ihnen Rede und Antwort stehen und 15 offene Fragen zur Weiterentwicklung des Gymnasiums in schriftlicher Form zu beantworten. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir erneut, ein neunjähriges Gymnasium einzuführen und die hierfür notwendigen Entscheidungen nicht weiter hinauszuzögern. Im Interesse der Planungssicherheit für Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulen und Kommunen müssen die Ergebnisse schnellstmöglich öffentlich kommuniziert werden.

Neben der scheinbar endlosen Debatte um das bayerische Gymnasium müssen endlich auch wieder die anderen Schularten in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit rücken. Besonders alarmierend: Der **Lehrermangel an Grund- und Mittelschulen** verschärft sich zunehmend, sodass in vielen Fällen nicht einmal der Kernunterricht sichergestellt werden kann. Wir fordern deshalb, die Unterrichtsversorgung durch den sofortigen Ausbau der Mobil Reserve sicherzustellen.

## Impressum

---

Thorsten Glauber, MdL  
Klosterstraße 10  
91301 Forchheim

Tel. 09191/6219735  
Fax 09191/6219736  
thorsten.glauber@fw-landtag.de  
www.thorsten-glauber.de